

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
A. Historische Entwicklung	17
<i>I. Frühformen im Zuckerhandel der liberalen Weltwirtschaft</i>	17
1. Entstehung des Europäischen Zuckerhandelsproblems	17
(Rohrzucker als koloniale Delikatesse, Einfuhrzölle, Entdeckung des „Rübenzuckers“, kontinental-europäische Rübenzuckerindustrie, Modernisierungseffekte für die Agrarwirtschaft; Finanzzölle, Schutzzölle und inländische Besteuerung, Steuergrundlagen und versteckte Export-Subventionierung)	
2. Die Zuckerkonvention von 1864	20
(Festlegung von drawbacks, chemische Ausbeutebestimmung und technischer Fortschritt der Agrarwirtschaft, fehlgeschlagene Versuche internationaler Regulierung; Bildung inländischer Kartelle, geschützte Binnenmärkte und subventionierte Exportmärkte)	
3. Die Brüsseler Konvention von 1902	21
(Großbritannien und die USA als Hauptimporteure kontinental-europäischen Exportzuckers, erste Gegenmaßnahmen durch Ausgleichszölle, Aufhebung der direkten und indirekten Erzeugungs- und Exportprämien in den Vertragsstaaten, Überwachungs- und Strafmaßnahmen, Begrenzung des Überzolls; Einrichtung einer „ständigen Kommission“, internationale Verwaltungsbefugnisse; wirtschafts-historische Periodisierung, Liberalismus und Interventionismus)	
<i>II. Staatlich-private Mischverwaltung seit dem Ersten Weltkrieg und ihre Ausprägung durch die Weltwirtschaftskrise</i>	24
1. Internationale Marktbeeinflussungen bei verschiedenen Rohstoffen	24
(Kriegswirtschaftliche Markteingriffe, Aufgabe des Freihandels, Errichtung von internationalen Kartellen, privater und öffentlicher Interventionismus)	
a) Kaffeevalorisationen	26
(brasilianische Kaffeeangebotsverknappungen, staatliche Ankaufspolitik, Vernichtung der „Überschußproduktion“, Nachfrageverschiebungen)	

Inhaltsverzeichnis

b) Teekontrollen	27
(Standardisierung im I. Weltkrieg, private Ernte-Beschränkung, britisch-niederländische international-private Kartellbestrebungen)	
c) Zinnregulierungen	28
(Kriegsinterventionen, „Bandoeng-Pool“ der Malayischen Bundesstaaten und Niederländisch-Indiens zur Preisstützung; Bildung eines internationalen privaten Zinn-Kartells, Produktionsbeschränkungen und Außenseiterproblem)	
d) Kautschuk-Kartelle	29
(Rubber-Boom und kriegsbedingte Transportschwierigkeiten, private Erntebeschränkungen; Fehlschlagen internationaler privater Kartellmaßnahmen; Britisch-koloniale Export-Regulierung — Stevenson Plan —, Gegenmaßnahmen der Verbraucherländer, Außenseiterkonkurrenz)	
2. Gelenkter Rohstoffhandel seit der Weltwirtschaftskrise	30
(zunehmende nationale und zwischenstaatliche Eingriffe in die Rohstoffmärkte, handelspolitische Abwehrmaßnahmen gegen Importe, Bilateralismus, administrativer Protektionismus; Weltwirtschaftskonferenzen, Industrieprotektionismus, Regionalismus; Autarkie und Überschußproduktion)	
a) Zuckerabkommen	34
(Anstieg der Produktion nach dem I. Weltkrieg, kubanische Versuche zur Angebotssteuerung, Chadbourne Agreement, Zusammenwirken nationaler (öffentliche-rechtliche und private) Kartelle in internationaler Kooperation, Internationaler Zuckerrat, Exportkontingentierung, Schrumpfen des Weltmarkts durch Präferenzierungen, Neuorganisation im Abkommen v. 1937, Ratsorganisation mit Sekretariat, flexible Regulierungstechnik, gewogene Beteiligung von Erzeugern und Verbrauchern)	
b) Teeabkommen	39
(Zusammenwirken von Verbänden und Regierungen, staatl. Exportregulierung, gewogene Stimmenverteilung und Einstimmigkeitsgrundsatz, Bedeutung der Regierungsbeteiligung, systematische Einordnung)	
c) Zinnabkommen	42
(Ablösung der Tin-Producers'-Association durch zwischenstaatliches Zusammenwirken, Entwicklung der Verwaltungsorganisation, Ausgleichslager (Buffer Stock), Verbraucher-Repräsentation, Forschungskooperation, Integration in kriegswirtschaftliche Planungs- und Lenkungsorganisation; Entwicklung der Entscheidungsfindungsverfahren im Rat)	
d) Kautschukabkommen	46
(Pflanzerverbände und Regierungen, Verbraucher-Repräsentation, Erwägung eines Buffer Stock, Regulierungstechniken, Entscheidungsverfahren mit Stimmenwägung und Quoren; Kolonialverwaltung und politisch-regionale Verortung)	

Inhaltsverzeichnis

9

e) Weizenabkommen	48
(Weizenhandelsprobleme und Weltwirtschaftskrise, globales Abkommen von 1933; wenig strukturierte Organisation, gleichgewichtige Beteiligung von Export- und Importstaaten, Scheitern wegen unzureichender Angebotssteuerung und unelastischer Nachfrage, marktwidriges Produzentenverhalten, Ertragsschwankungen)	
B. Zwischenstaatliche Verwaltung in der gelenkten Weltwirtschaft	51
(US-amerikanische Pläne zur Umgestaltung der Weltwirtschaft während des II. Weltkriegs, Havanna Charter, Grundsätze für Rohstoffabkommen, Freihandel und Lenkungswirtschaft; Bemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen, Unctad)	
I. Die Weizenabkommen	55
1. Kriegsplanungen	55
(Draft Wheat Convention 1942, geplante Produktionskontrolle und Hilfsvorräte, Mindest- und Höchstpreise, vorgesehene Verwaltungsorganisation, Weiterentwicklung gegenüber WAC 1933)	
2. Die Weizenabkommen der Nachkriegszeit	57
(Internationales Weizenabkommen 1949, Beteiligung, Verwaltungsorganisation, Regulierungssystem, Verfahrensregeln, Planung; Weizenabkommen 1956, Devisenschwierigkeiten, Modifizierung (Aufweichung) der gegenseitigen Verpflichtungen, Verstärkung der Planungsfunktionen; Erneuerung des Abkommens 1962, Einbeziehung von Wirtschaftsunionen (EWG); Erneuerung 1967, Nahrungsmittelhilfe, Abschirmung gegenüber Nichtmitgliedern, Handelsstörungen durch zunehmende Überschüsse; Scheitern der materiellen Regelung 1971, Weiterführung der Organisation und der Nahrungsmittelhilfe)	
II. Zuckerabkommen	68
(Überschußprobleme, UN-Zuckerabkommen 1953, Verwaltungsstruktur, Regulierungsmechanismen, Mengen- und Vorratsplanung, Handelsregionen und Präferenzmärkte; politische Störfaktoren, Suspendierung der materiellen Bestimmungen 1961; Neuabschluß im Rahmen der Unctad 1968, Verwaltungs- und Regulierungsverfahren, Entwicklungshilfe-Aspekt, Auslaufen 1973; Erneuter Versuch 1977, Verbindung zu Gemeinsamen Rohstoff-Fonds, Regionalprobleme, bio-technische Störfaktoren)	
III. Zinnabkommen	81
(Überschußprobleme, Abkommen 1956, Organisation, Entscheidungsverfahren, Planungen, Ausgleichslager, Verteilungsvorsorge, Teilnehmerstaaten, Durchführung)	
IV. Kaffeeabkommen	89
(Erstes (politisch motiviertes) Abkommen 1940, Verwaltungsstruktur auf Lateinamerika-USA-Handel ausgerichtet; spätere Kartellierungsversuche der Produzenten; Abkommen 1962 und 1968 bis 71, politische Hintergründe, Erzeuger-Verbraucher-Gegensatz; Neuabschluß 1976, Verwaltungsstruktur, Regulierungstechnik, planerischer Bereich, regionale Beteiligung)	

V. Kakaoabkommen	104
(Abkommen 1972 und 1975, Struktur, Regulierungssystem, Buffer Stock-Management, Planung, politische und wirtschaftliche Implikationen)	
VI. Kautschukabkommen	105
(Substitutionskonkurrenz von Synthese- und Naturkautschuk, Ausarbeitung einer „reinen“ Buffer Stock-Regulierung, politische Motivation der Teilnahme der Industrieländer)	
VII. UNCTAD, Neue Weltwirtschaftsordnung und Rohstoffabkommen	106
(Rolle der Unctad in den internationalen Handelsbeziehungen, integriertes Rohstoffprogramm, Haltung der Industrieländer, wirtschaftstheoretische Reaktionen, Gemeinsamer Rohstoff-Fonds, Finanzierung, Organisation und Verwaltung)	
C. Typische Formen zwischenstaatlicher Rohstoffverwaltung	108
I. Der Rohstoffsektor	108
(Verortung, Zielrichtung der Regulierungen, Marktfunktion und Verwaltungssektor, praktische Voraussetzungen für Stapelgüter)	
II. Die Lenkungsformen	109
1. Der Rechtsrahmen	109
(Völkerrechtliche Abkommen, Inkrafttreten, vereinfachte Verlängerungsverfahren, Verhandlungskonferenzen)	
2. Die Lenkungsmittel	110
a) Multilaterale Kauf- und Verkaufsverpflichtungen	111
(Verteilungsmechanismus der Weizenabkommen, Preis- und Mengensteuerung)	
b) Angebotssteuerung durch Kontingentierung	111
(Preisabhängige Angebotslenkungen durch Ausfuhrkontingente, Kaffee- und Zuckerabkommen)	
c) Ausgleichslager	111
(Zinn-, Kakao- und Kautschukabkommen, Marktinterventionen durch preisgesteuerte Kaufs- und Verkaufsaktionen eines zentralen Fonds, Begrenzung durch vorhandene Interventions-Ressourcen)	
III. Die Organe und ihr Zusammenwirken	112
1. Die Rohstoffräte	112
(Räte als oberste Instanz mit genereller Zuständigkeit, Regierungsvertreter, Stimmenverteilung, Mehrheiten, diplomatische Konsensfindung; Multifunktionalität, Rechtsakte, Verwaltung, Planung, Überwachung und Kontrolle, Streitentscheidung; Staatenkonferenz)	

Inhaltsverzeichnis

11

2. Der Verwaltungsrat und die Spezialausschüsse	115
(Aufgabendelegation an (permanente) Hilfsorgane; „Hauptausschuß“ als Verwaltungsrat, Einsetzung, Zusammensetzung, Stimmverteilung, Beschußkompetenz, Ratsrekurs; laufende Überwachung, Zusammenwirken mit Sekretariat; Doppelfunktionen als politisch-fachliches und fachlich-administratives Organ)	
3. Die Sekretariate	117
(Fachlich-praktische Verwaltungsarbeit, Linienprinzip, Unabhängigkeit als internationale Büros; Informationszentralen, Durchführungsbefugnisse, Initiativfunktionen, diplomatisch-mediatorische Kompetenz)	
4. Die Ausgleichsfondsverwaltung	119
(Verselbständigte Fondsverwaltung, Sondervermögen, Manager, Konsultationsverpflichtungen, Interventionsspielraum, Eingriffsrecht der Räte; Dualismus von Repräsentationsorganisationen der Mitgliedstaaten und unabhängigen internationalen Verwaltungseinheiten)	
 D. Überstaatliche Verwaltung in der gelenkten Rohstoffwirtschaft Westeuropas	 121
(EGKS, EAG und EWG, besondere Funktionen von Montanunion und Euratom; historische Einbindung und Modellcharakter der EGKS; Rohstoffverwaltungssektoren der Agrarmarktorganisationen der EWG, Weizen- und Zuckerwirtschaft; Konzeption des Gemeinsamen Agrarmarktes, Stufen, Agrarkonferenz von Stresa)	
 <i>I. Die Regulierungstechniken der Getreide- und Zuckermarktordnungen</i>	 125
1. Die Gemeinsame Marktorganisation für Getreide	125
(Schlüsselstellung des Getreidemarktes; Markteingriffstechniken, Preissystem, Außenschutz, Abwehr von „Marktstörungen“)	
2. Die Zuckermarktordnung	128
(Ergänzung des Preismechanismus durch Quotensystem, Verbindung landwirtschaftlicher Erzeugung mit industrieller Verarbeitung, Verschränkung überstaatlicher Gesamtplanung mit nationaler Zuteilung)	
3. Der Ausgleichsfonds	132
(Europäischer Ausrichtungs- und Garantie-Fonds für die Landwirtschaft, Finanzierung der Interventionen, vollständige unbegrenzte finanzielle Solidarität der Mitgliedstaaten; Agrarstrukturpolitik)	
 <i>II. Organe, Funktionen und Verfahren</i>	 134
(Integration der Agrarverwaltung in Organisation der EWG; Verwaltungsaufbau, Ministerräte, Ausschuß der Ständigen Vertreter, Ratssekretariat, Kommission, Gerichtshof, Europäisches Parlament und Wirtschafts- und Sozialausschuß)	

1. Der Rat in der Verwaltungsorganisation der Agrarmärkte	135
(Agrarministerrat und Regierungskonferenz, Lenkungs-, Leitungs- und Verwaltungsorgan; Funktionen und Befugnisse, Dominanz; Stimmenwägung und Gewichtung, Luxemburger Kompromiß, Praxis der Konsensfindung; Rechtsakte, Geltungsbereich)	
2. Die Funktion des Verwaltungsrats in Coreper und Sonderausschuß Landwirtschaft	145
(Institutionalisierung des AStV, Aufgaben und Befugnisse, Typus und Ausformung, strukturelle Weiterentwicklung des Verwaltungsrats, Verfahren)	
3. Die Differenzierung und Integration der Sekretariatsfunktion in Kommission und Ratssekretariat	150
a) Das Ratssekretariat	150
(Institutionalisierung, übertragene und funktionsimmanente Aufgaben)	
b) Die Kommission	152
(Zusammensetzung, Stellung, historische Verortung (OEEC, EGKS), Funktionen, innere Organisation, Verwaltung der Agrarmarktordnungen, Kompetenzabgrenzung)	
4. Das supranationale Entscheidungsorgan und die nationalen Interessen: die Kommission und die Verwaltungsausschüsse ..	159
(Institutionalisierung, Zusammensetzung, Funktionen und Verfahren, Quasi-Kompetenzen, Anwendungsbereich; interinstitutionelle Verortung; das organisatorische Zusammenwirken)	
5. Inter- und supranationale Entscheidungsfindung: Agrarmarathon und package deal	164
a) Die begrenzte Bedeutung von Stimmenwägung und Abstimmungen im Entscheidungsprozeß	164
(praktischer Ausschluß von Stimm-Macht, internationalrechtliche Strukturen, Durchschlag primär-politischer National-Staatlichkeit)	
b) Der Entscheidungsprozeß als innerorganisatorisches multilaterales bargaining	164
(Vertragskonzept, Luxemburger Beschlüsse, Beschneidung des Initiativrechts der Kommission, Praxis des Entscheidungsprozesses, Flexibilität und Effektivität, politics and administration)	
c) Wirtschaftspolitische Interdependenz und nationale Primärordnung	168
(Komplexität der Verwaltungsstrukturen und Verfahren, funktionale Interdependenz von wirtschaftspolitischem Sekundärsystem und nationalen Primärordnungen; die entwicklungsgeschichtliche Kraft völkerrechtlicher Prinzipien)	
Schlußthesen	170
Literaturverzeichnis	171